

Bericht zum Schweigmarsch der "Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft" in Leipzig

In Leipzig formierten sich Ende der 80er Jahre immer mehr Bürgerrechtsgruppen, die für Demokratisierung und Meinungsfreiheit in der DDR eintraten. Mithilfe von Flugblättern rief eine dieser Gruppen im Januar 1989 zu einem Schweigmarsch auf.

In Leipzig gab es in der zweiten Hälfte der 80er Jahre einige hundert Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler, die sich in knapp zwei Dutzend Gruppen zusammengefunden hatten. Sie waren vor allem im Umfeld und unter dem, freilich begrenzten, Schutz der evangelischen Kirche tätig. Eine dieser Gruppen rief mit Flugblättern für den 15. Januar, den Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, zu einem Schweigmarsch auf. Zwei Personen, die die Flugblätter verteilt, wurden auf frischer Tat ertappt und "zugeführt". Danach kam es zu weiteren Verhaftungen. Am 15. Januar selbst kamen zu dem Schweigmarsch nach Stasi-Angaben knapp 200 Personen, von denen 53 festgenommen, aber noch am gleichen Tag wieder freigelassen wurden.

Der vorliegende Bericht der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) enthält als Anlagen den Aufruf zum Schweigmarsch sowie die "Erklärung 1/89 der Initiative Frieden und Menschenrechte". Letztere forderte die Freilassung der in Leipzig festgenommenen Personen.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3734, Bl. 1-7

Metadaten

Urheber: MfS
Rechte: BStU

Datum: 16.1.1989
Überlieferungsform: Dokument

Bericht zum Schweigemarsch der "Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft" in Leipzig

18.1.89

Information erhalten auch die Gen. Herrmann, Jarowinsky, Krenz,
Kraußer und Löffler

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT *40n*

1. Herr
2. Herr
3. Jaro
4. Kre
5. Kraußer
6. Löffler
7. Mihag
8. MATX/ltr.
9. MATX/ltr.
10. BKZ/pz/ltr.
11. MATX/4
12. Min
13. Cc
14. Tanne
15. Ak. vermerkt 18.1.89

**Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!**

Berlin, den *16.1.89*

BStU
000001

5. Blatt
21. " Anlage
Exemplar

INFORMATION
über

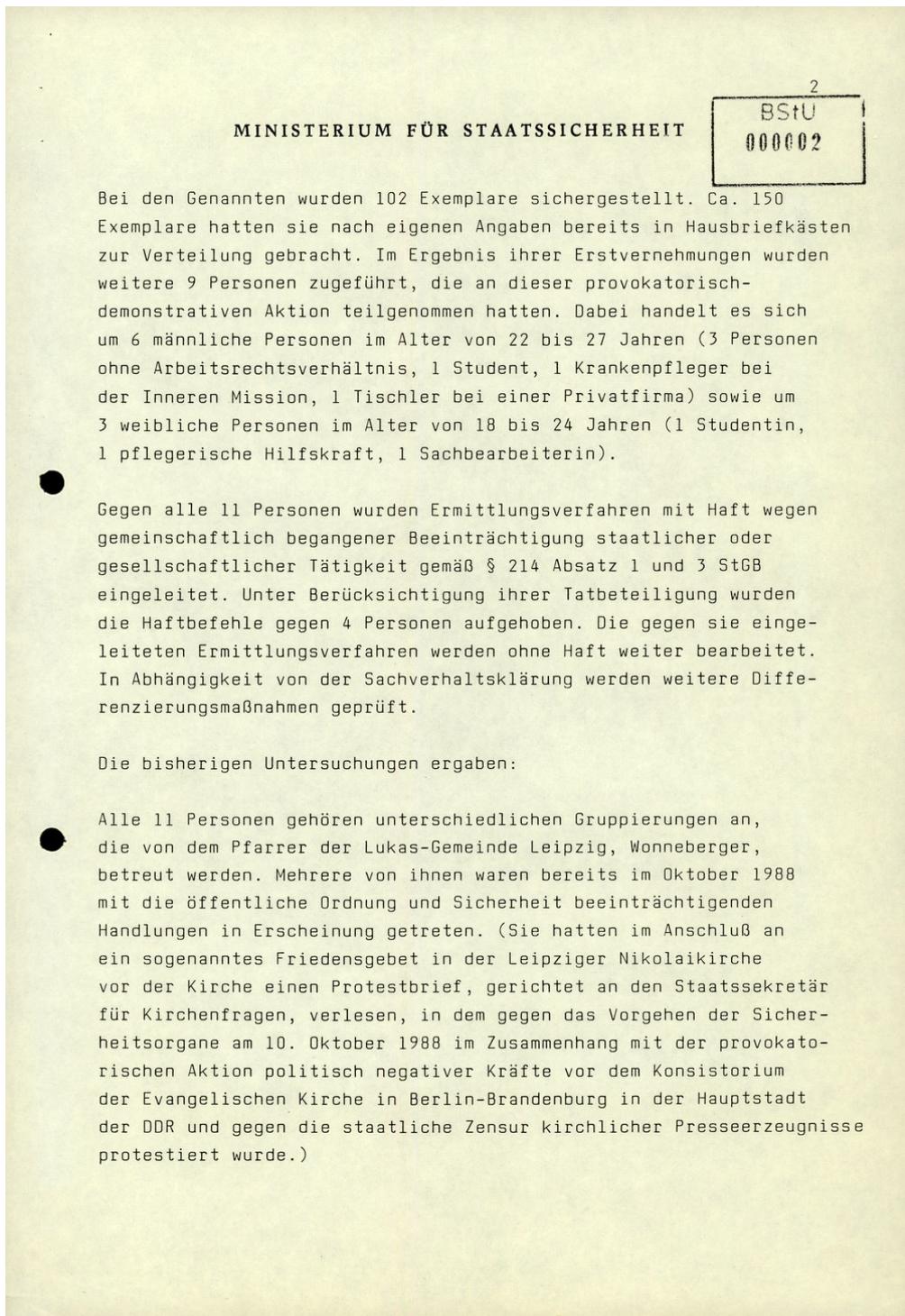
Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte in Leipzig im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

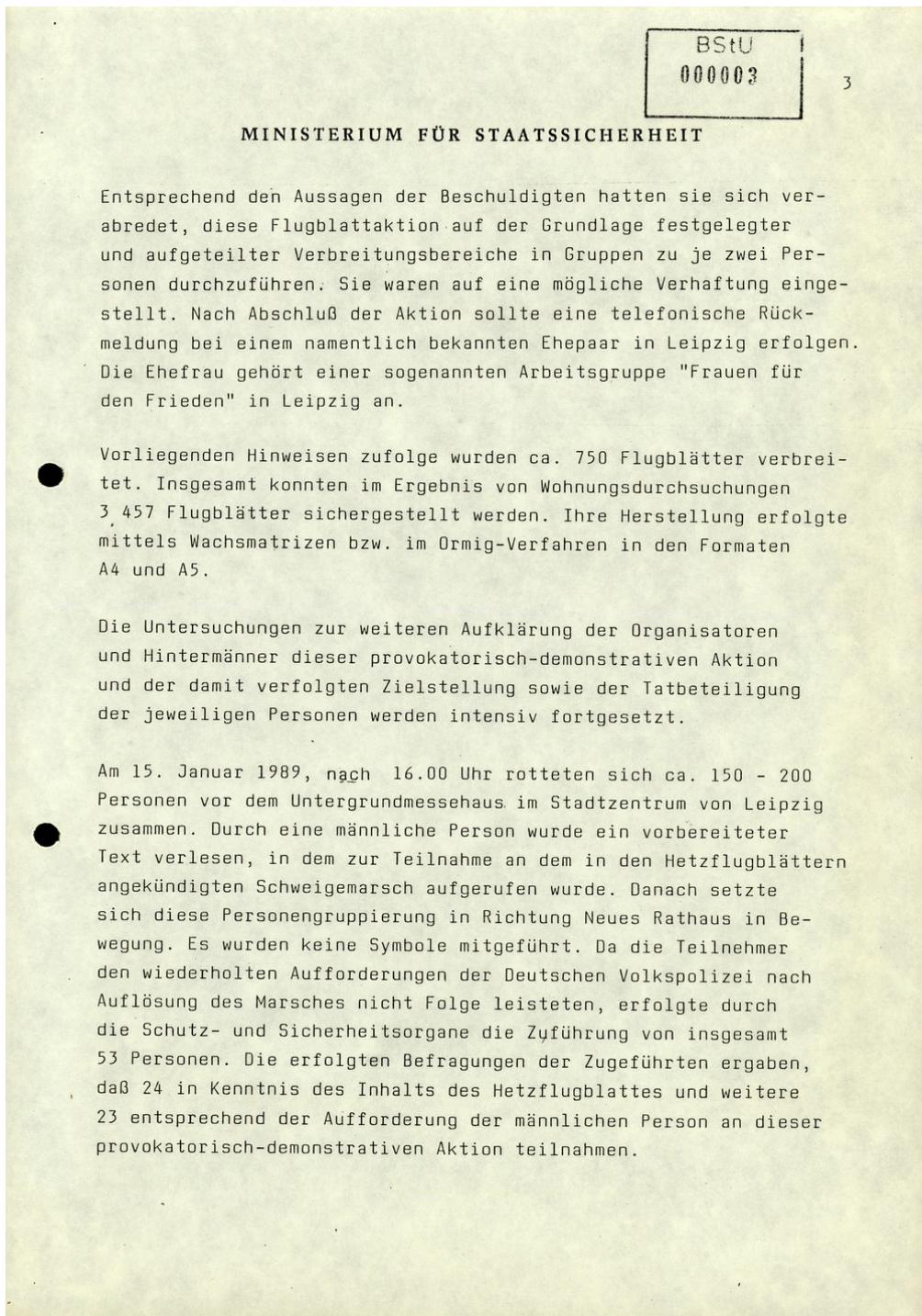
Am 12. Januar 1989 wurden gegen 2.00 Uhr 1 männliche Person (26 Jahre, Ingenieur für Instandhaltung im VEB Braunkohlenkombinat Borna, Betriebsteil Espenhain) und 1 weibliche Person (19 Jahre, Buchhalterin in der "Inneren Mission" Leipzig) auf frischer Tat bei der Verbreitung von Hetzflugblättern in Leipzig-Gohlis gestellt und zugeführt.

In diesen Flugblättern, deklariert als "Aufruf an alle Bürger der Stadt Leipzig", wurde zur Durchführung eines sogenannten Schweigemarsches "für eine Demokratisierung unseres sozialistischen Staates" am 15. Januar 1989 in Leipzig unter Mißbrauch des 70. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aufgerufen (Wortlaut siehe Anlage 1).

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3734, Bl. 1-7

Blatt 1

Bericht zum Schweigemarsch der "Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft" in Leipzig

Bericht zum Schweigemarsch der "Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft" in Leipzig

Bericht zum Schweigemarsch der "Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft" in Leipzig

BStU

000004

4

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

5 waren durch Bekannte zur Teilnahme aufgefordert worden und 1 Person befand sich unter starkem Alkoholeinfluß.

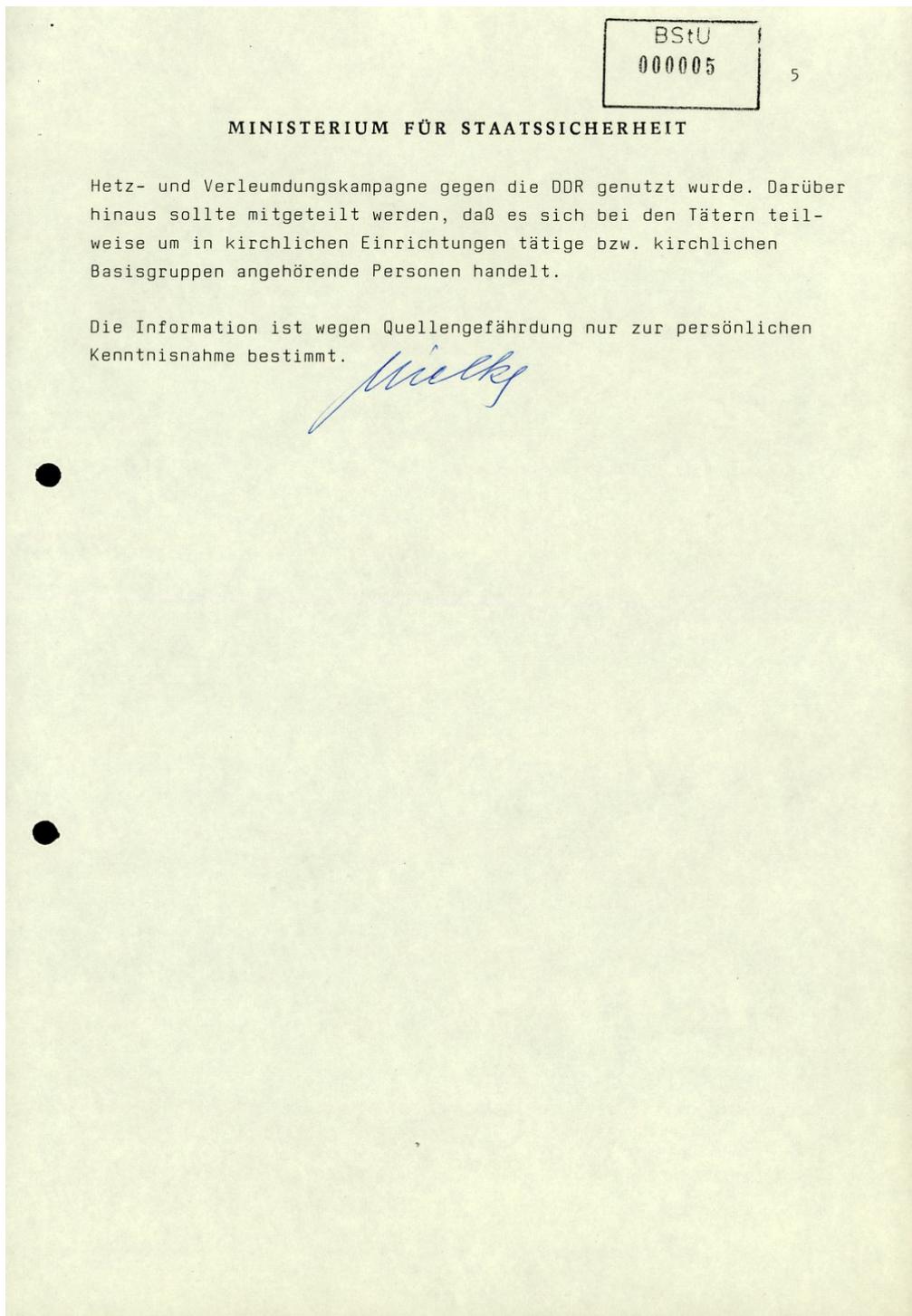
Alle zugeführten Personen wurden auf der Grundlage des VP-Gesetzes belehrt und zeitlich versetzt nach Abschluß der Verdachtsprüfungs-handlungen bis 22.00 Uhr entlassen.

Korrespondenten aus dem nichtsozialistischen Ausland wurden im Handlungsräum nicht festgestellt. An der Aufklärung weiterer tatbeteiligter Personen wird gearbeitet.

● Streng internen Hinweisen zufolge informierte ein dem MfS bekannter Organisator politischer Untergrundtätigkeit in der Nacht vom 14. zum 15. Januar 1989 das Mitglied der Partei Die Grünen in der BRD, Gerd Bastian, über die erfolgten Festnahmen in Leipzig und bat ihn, eine ähnliche "Solidaritätsaktion" auszulösen wie anlässlich der Ereignisse im Januar 1988. Darüber hinaus übermittelte er dem in Westberlin ansässigen Inspirator feindlicher Aktivitäten gegen die DDR, Roland Jahn, eine Protesterklärung, bezeichnet als "Erklärung 1/89 der Initiative Frieden und Menschenrechte" (Wortlaut siehe Anlage 2).

● Es wird vorgeschlagen, seitens des Staatssekretärs für Kirchenfragen den Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen, Hempel/Dresden, und seitens des Stellvertreters des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Leipzig für Inneres den Superintendenten Magirius/Leipzig entsprechend zu informieren. Dabei sollte mitgeteilt werden, daß es sich bei den schwerwiegenden Straftaten einer Gruppe von Personen um eine organisierte politische Provokation unter Mißbrauch des 70. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg handelt, die darauf abzielt, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche erheblich zu belasten und die bereits durch westliche Massenmedien zu einer erneuten

Bericht zum Schweigemarsch der "Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft" in Leipzig



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3734, Bl. 1-7

Blatt 5

Bericht zum Schweigemarsch der "Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft" in Leipzig

Anlage 1 zur Information Nr. 25/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU

000006

"Aufruf an alle Bürger der Stadt Leipzig"

70. Jahrestag der Ermordung zweier Arbeiterführer - Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, und wieder werden tausende Werktätige verpflichtet, einer Kundgebung "beizuwöhnen", bei der die Redner die jährlich wiederkehrenden Ansprachen halten. Beide Arbeiterführer traten für die allumfassenden politischen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse ein, so auch für ein ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben, für eine ungehemmte Presse, für allgemeine Wahlen und den freien Meinungskampf. Menschen, die dieses Vermächtnis unter Berufung auf die Verfassung unseres Landes nach 40 Jahren DDR-Geschichte in Anspruch nehmen, werden immer wieder kriminalisiert.

Der Tag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht soll uns Anlaß sein, weiter für eine Demokratisierung unseres sozialistischen Staates einzutreten. Es ist an der Zeit, mutig und offen unsere Meinung zu sagen: Schluß mit der uns lähmenden Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit: Lassen sie uns gemeinsam eintreten

- für das Recht auf freie Meinungsäußerung
- für die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit
- für die Pressefreiheit und gegen das Verbot der Zeitschrift "Sputnik" und kritischer sowjetischer Filme,

Um nicht die offizielle Kundgebung in ihrem eigenen Anliegen zu stören, rufen wir sie auf, gemäß Artikel 27 und 28 der Verfassung, sich

- am 15. Januar 1989 um 16.00 Uhr auf dem Markt vor dem Alten Rathaus

zu versammeln, abschließend ist ein Schweigemarsch mit Kerzen zu der Gedenkstätte in der Brautstraße vorgesehen.

"Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Land, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist."
Rosa Luxemburg aus gesammelten Werken Band 4,
Ausg. 1914 - 1919, S. 358 - 364

Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft

Bericht zum Schweigemarsch der "Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft" in Leipzig

Anlage 2 zur Information Nr. 25/89

BStU
000007

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Erklärung 1/89 der "Initiative Frieden und Menschenrechte"

Ein Jahr nach den Ereignissen um die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 1988 sind 11 Mitglieder von Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Leipzig am 12. - 14.1.1989 verhaftet wurden.

Die Namen der Verhafteten sind folgende:
(Namen werden beim Gesprächspartner vorrausgesetzt und deshalb nicht genannt)

Wir fordern die unverzügliche Freilassung der Inhaftierten und die Einstellung der Ermittlungsverfahren.
Vor einem Jahr erlebten wir als Betroffene eine nie dage-wesene nationale und internationale Solidarität.

Die Verantwortlichen für diesen erneuten Willkürakt rechnen offenbar damit, daß diese Solidarität nicht wieder in einem solchen Maße zustande kommen wird, da die Aktivitäten unserer Freunde in Leipzig nicht so im Blickfeld der Öffentlichkeit stehen wie vielleicht vergleichbare in Berlin.

Damit diese Rechnung nicht aufgeht, bitten wir all jene, die für die Einhaltung der Menschenrechte eintreten, um ihre Solidarität.